

Neue Angriffe der PUK auf die PKK-Guerilla in Südkurdistan (Nord-Irak)

Eine Informationsmappe von:

YEK-KOM, Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.

Graf-Adolf-Str.70A 40210 Düsseldorf
T:0211-1711-451; F:1711-454 (-453)

Das Ziel der vorliegenden Zusammenstellung ist, die Adressaten über die erneuten Angriffe der Kämpfer (Pesmerga) der südkurdischen Partei PUK auf die Guerilla der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) sowie über die politischen Hintergründe dieser gefährlichen Aggressionen zu informieren.

Düsseldorf, 07.12.2000

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu Ihrer Information zunächst die nüchternen Fakten:

Nachdem die schweren Gefechte zwischen der südkurdischen PUK und der PKK im August durch einen einseitigen Waffenstillstand der PKK beendet werden konnten, ist es seit dem 3. Dezember erneut zu heftigen Kämpfen gekommen. Laut einem von den Volksverteidigungskräften der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) am 04.12. veröffentlichten Kommuniqué sollen mehr als 4000 PUK-Pesmerga am 03. Dezember um 23.00 Uhr in den Gebieten Kani Cenge und Boti (Süd-Kurdistan / Nord-Irak) die dort stationierte PKK-Guerilla angegriffen haben. In den während der ganzen Nacht andauernden Gefechten seien fünf PKK-Kämpfer und zehn PUK-Pesmerga getötet worden. Dabei sollen auf Seiten der Angreifer auch Kampfhubschrauber beteiligt gewesen sein. Da die PUK über keine Luftstreitmacht verfügt, ist von einer gemeinsamen Aktion von PUK und türkischen Militär auszugehen.

Es wurde weiterhin bekannt, dass in den letzten Tagen zwanzig LKW voller Waffen aus der Türkei in die unter der Kontrolle der PUK stehenden südkurdischen Gebiete gebracht worden seien, und dass sich rund 70 Offiziere und Berater der türkischen Armee einige Tage vor Beginn der Kämpfe in dem Gebiet aufgehalten haben.

Soweit die Geschehnisse; wir möchten Ihnen nun vermitteln, welche politischen Hintergründe eine Rolle spielen und welche Gefahren für den Frieden der Region sich aus den Kämpfen ergeben.

Vor allem in den USA und in Großbritannien besteht großes Interesse an der Stärkung jeglicher Opposition im Irak gegen Saddam Hussein. Dafür wird über die Turkmenen der türkische Einfluss im Nordirak unterstützt, und (neben religiösen Gruppen im Süden des Landes) vor allem der südkurdische Parteiführer der KDP, Mesut Barzani. Dieser spielt eine wichtige Rolle in diesen Zusammenhängen und steht in ständigen Verhandlungen mit einflussreichen irakischen Kräften, bemüht darum, die Existenzsicherung Südkurdistans (der jetzigen UN-Schutzzone) zu betreiben. Selbstverständlich wird dadurch sein Einfluss bei der südkurdischen Bevölkerung nicht unerheblich gestärkt, so dass für seinen alten Rivalen Jelal Talabani, Parteiführer der PUK, die Gefahr besteht, politisch auf der Strecke zu bleiben. (Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass sich die Streitkräfte der beiden Parteien über viele Jahre hinweg blutige Kämpfe lieferten.)

Talabani versucht im Gegenzug, um seine Bedeutung als Politiker und Parteiführer gegenüber der südkurdischen Wählerschaft zu bewahren, den genannten Entwicklungen durch intensive Beziehungen zum Iran und vor allem zum türkischen Staat entgegenzuwirken. Dazu ist ihm jedes Mittel recht, auch erneute kriegerische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen kurdischen Gruppen. So war z.B. eine Delegation des KNK (Kurdischer Nationalkongress) von Talabani für den 03.12. nach Sülemaniya eingeladen worden. Die Delegierten wurden bei ihrer Ankunft in Teheran von einer PUK-Delegation empfangen - und dann wurde das Treffen in Südkurdistan von einer Stunde auf die andere abgesagt und die Gesprächspartner wieder weggeschickt. Am selben Abend begannen die Feindseligkeiten gegen die PKK in den Bergen.

Die Ambitionen Talabanis kommen der Türkei sehr gelegen, da sie sich, im Hinblick auf ihren Beitrittswunsch zur EU international streng beobachtet, grenzüberschreitende Aktionen und kriegerische Alleingänge zur Zeit kaum leisten kann; außerdem hat sie ein Interesse daran, Talabani zu stärken, weil sie die Beziehungen zwischen Barzani und dem Irak mit großem Misstrauen betrachtet.

Daher versorgt die Türkei die PUK mit Mitteln zur besseren Ausrüstung ihrer Peşmerga, mit Waffen und militärischem und strategischem Know-How. Die Absicht dabei ist, dass Talabani mit seinen Streitkräften die PKK-Guerilla vernichten soll, die inzwischen - vor einigen Monaten in Talabanis Bereichen Südkurdistans noch stillschweigend geduldet - genötigt war, in Sülemaniya, der Hauptstadt des Talabani-Gebietes, sowie in allen weiteren Städten und Dörfern der Region ihre Parteibüros zu schließen und alle Quartiere zu verlassen um sich in die unbewohnten Bergregionen zurückzuziehen.

Der Zeitpunkt für die erneuten Angriffe in Südkurdistan ergibt für die Türkei ebenfalls einen innenpolitischen Sinn: 205 Gefangene in türkischen Gefängnissen befinden sich seit 48 Tagen im Hungerstreik. Sie wollen erreichen, dass die krasse Veränderung des Gefängnisystems gestoppt wird: Es werden überall in der Türkei Trakte mit Isolierzellen gebaut, in denen nach bisherigen Erfahrungen jegliche Art von Übergriffen bis hin zu Morden an politischen Häftlingen und deren „Verschwindenlassen“ durch Gefängnisaufseher erheblich erleichtert würden. Allen am Todesfasten beteiligten Gefangenen drohen bereits jetzt irreversible Schäden, und es sind in den nächsten Tagen erste Todesfälle zu befürchten. Von diesem Geschehen soll die türkische Öffentlichkeit abgelenkt werden - Angriffe auf die PKK in Südkurdistan sind dafür bestens geeignet.

Erwähnt sei auch, dass die Türkei ebenfalls die politische Situation wieder weiter auszureizen versucht: Seitdem am 21. November (an diesem Tage eindrucksvoll unterstützt von einer kurdischen Großdemonstration mit rund achtzigtausend TeilnehmerInnen in Straßburg) der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGHMR) begonnen hat, sich mit der Klage der Anwälte des PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan gegen dessen Prozess in der Türkei und seine Verurteilung zum Tode zu beschäftigen, wurden die wöchentlichen Gespräche Herrn Öcalans mit seinen Rechtsanwälten nicht mehr zugelassen. Darüber gab es keine Erklärung oder Verfügung - aber in jeder Woche wurden an dem vorgesehenen Gesprächstag andere angeblich sachliche Gründe vorgeschoben, um die Anwälte nach ihrer weiten Anreise wieder wegzuschicken. Die militärische Unterstützung der Türkei für die südkurdische PUK lässt bedauerlicher Weise auch einen Zusammenhang mit deutschen Waffenlieferungen und mit einem Treffen von Vertretern des deutschen und türkischen Verteidigungsministeriums vermuten, bei dem eine noch engere gegenseitige Zusammenarbeit vereinbart wurde. Wahrscheinlich sind es einmal mehr Waffen aus der Bundesrepublik, die zur Vernichtung von Kurden benutzt werden! Die Haltung der deutschen Regierung zeigt immer wieder deren einseitige Unterstützung der Türkei trotz fortgesetzter Menschenrechtsverletzungen und fördert in keiner Weise die Friedensbemühungen der kurdischen Seite. Das zeigt sich bis in die deutsche Innenpolitik, die durch die Aufrechterhaltung des sogenannten »PKK-Verbots« die Kurden fortgesetzt kriminalisiert.

Trotz der Verschärfung der Situation in Südkurdistan und der neuen Angriffe betonte das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte, dass man auch weiterhin die Probleme auf dem Weg des politischen Dialoges zu lösen bereit sei. Jedoch könne niemand erwarten, dass man Angriffen tatenlos zusehe. Wie schon zuvor, werde man von seinem Selbstverteidigungsrecht Gebrauch machen. Die Friedenspolitik der PKK ist logisch und eindeutig. Dem einseitigen Waffenstillstand in der Türkei und dem Abzug der Kämpferinnen und Kämpfer, entsprechend dem von Abdullah Öcalan entwickelten Friedensplan, folgten weitere Friedensangebote an die südkurdischen Parteiführer. Es ist bekannt, dass die Türkei auf die Friedenspolitik nicht reagiert und stattdessen die beiden Friedensdelegationen aus hochrangigen Parteiangehörigen der Kurdischen Arbeiterpartei verhaftet und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt hat. Jetzt verschärft die Politik Talabanis, der auf Grund von machtpolitischen Eigeninteressen in Südkurdistan vor Bündnissen mit der Türkei selbst vor einem Bruderkrieg nicht zurückschreckt, die Situation der Kurden in der Türkei und vor allem der um Frieden bemühten PKK-Guerilla bis an die Grenze der Unerträglichkeit.

Die Kurdinnen und Kurden in Deutschland sind gegen jegliche gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Gruppen und Parteien. Daher fordern wir von

den VertreterInnen der internationalen Politik gegenüber Friedensverletzungen wachsam zu sein, die Friedenspolitik der PKK zu unterstützen und die Angriffe der PUK unverzüglich scharf verurteilen! Des weiteren halten wir die umgehende Zusammenstellung einer internationalen Delegation aus außenpolitisch Verantwortlichen der europäischen Politik gemeinsam mit Friedens- und Menschenrechtsorganisationen (NGOs) für dringend nötig, um die Lage in Südkurdistan objektiv zu erkunden und darüber zu berichten. Ohne Friedensinitiativen auch aus Europa besteht die akute Gefahr, dass die Friedenspolitik zunehmend erschwert wird, und dass kurdische Kinder, Frauen und Männer ein weiteres Mal mit grausamen kriegerischen Auseinandersetzungen überzogen werden. Dies würde zweifellos, neben weiteren menschlichen Leiden, die Chance einer Demokratisierung und Stabilisierung der ganzen Region gefährden.

YEK-KOM Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland

KON-KURD

Konföderation Kurdischer Vereine in Europa (Brüssel)

An die Öffentlichkeit

Mit ihrer Waffenstillstandserklärung zum 01.09.1998 und weiterhin mit dem Rückzug ihrer Guerillaeinheiten in die kurdischen Berge außerhalb der Türkei hat die PKK eine neue politische Phase begonnen. Die Gestaltung des Friedensprojekts von Abdullah Öcalan mit dem Ziel, eine politische und demokratische Lösung der Kurdenfrage anzubieten, beinhaltet ebenfalls die Bemühungen der Parteiführung und des kurdischen Volkes, ein einheitliches nationales Bewusstsein zu schaffen, bezogen auf alle vier Teile Kurdistans. Insofern bedeutet das Friedensprojekt eine Verständigung aller kurdischen Parteien untereinander, wie z.B. auch der »Patriotischen Union Kurdistans« (PUK) und der »Kurdischen Demokratischen Partei« (KDP).

Trotz all dieser Bemühungen der PKK, die auch vom Kurdischen National Kongress (KNK) intensiv mitgetragen werden, ist es nicht gelungen, die Voraussetzungen für einen inneren Frieden und für Stabilität im mittleren Osten zu schaffen.

Die Angriffe der PUK, die im September des Jahres ihren Anfang nahmen, bewiesen, dass die Einigung aller kurdischen Kräfte nicht im Sinne der Türkei und der USA ist. Die deutlichen Aussagen der PKK, dass die Angriffe der PUK der kurdischen Sache nicht dienen, schwächten jedoch Talabani in seiner Position gegenüber der kurdischen Bevölkerung.

In Beantwortung der Angriffe erklärte die PKK erneut einen einseitigen Waffenstillstand und versuchte, durch Gespräche ein Abkommen mit der PUK zu schließen. Zwar bahnte sich offensichtlich eine Annäherung an, doch zeigte sich erneut, dass eine starke kurdische Bewegung nicht im Sinne der herrschenden Mächte im mittleren Osten ist, und dass vor allem die USA andere Pläne in der Region verfolgt.

Wenn man diese Entwicklungen im Rahmen der globalen Vorstellungen betrachtet, die gegenwärtig intensive Bemühungen um Konfliktlösungen in vielen bekannten Krisengebieten einschließt, erscheint es augenfällig, dass die kurdische Frage bei diesen Bemühungen ausgeklammert wird. Auch der Wunsch der Türkei, die Mitgliedschaft in der EU zu erlangen, hält sie nicht davon ab, ihre bisherige Haltung der Kurden gegenüber fortzusetzen. Dabei sind sich die Regierenden der Türkei durchaus bewusst, dass die erwünschte Mitgliedschaft nur über die Erfüllung bestimmter Kriterien erreichbar wäre, zu denen u.a. die Wahrung der Menschenrechte und die Achtung der Rechte von Minderheiten gehören. Sie schüren jedoch offen die Zwietracht der kurdischen Parteien und unterstützen kriegerische Auseinandersetzungen, weil sie die Anerkennung der kurdischen Realität ebenso fürchten wie eine Umwandlung ihrer eigenen Staatsform in eine echte Demokratie.

Da der nahezu zwei Jahrzehnte geführter Krieg nicht das erhoffte Ergebnis einer Vernichtung der Kurden gebracht hat, hofft die Türkei ein solches Ergebnis nun durch die Unterstützung der PUK zu erreichen. Während Verhandlungen zwischen der PKK und der PUK geführt wurden, brachte die Türkei weitere militärische und strategische Hilfe für eine Fortführung des Bruderkrieges ins Land.

Eine von Talabani eingeladene Delegation aus hochrangigen Vertretern des Kurdischen National Kongress (KNK) sollte angeblich dem Dialog der Parteien weitere Unterstützung geben. Die Fiktivität dieser Bemühungen wurde jedoch am Abend des 03.12.2000 zu ersichtlich. Mit der Unterstützung und massiven Hilfe aus der Türkei begannen erneute Angriffe der PUK, und der Waffenstillstand wurde nach einer kurzen Atempause wieder gebrochen. Als Vertreterin der Kurdinnen und Kurden in Europa rufen wir alle demokratisch gesinnten Organisationen und Personen auf, diesem Bruderkrieg in keiner Weise zu

unterstützen, sondern ihn zu verurteilen und zu seiner Beendigung beizutragen. Es sollte im Interesse aller sein, einen stabilen Frieden zu erreichen, um ein demokratische Form des Zusammenlebens im mittleren Osten zu ermöglichen.

Die Öffentlichkeit sollte nicht mehr als stummer Zeuge der Geschichte abseits stehen, sondern sich den Forderungen nach legitimen Rechten und den Friedenserwartungen eines Volkes stellen. Wir fordern die demokratischen Kräfte aller Staaten dazu auf, sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein und bei der Gestaltung des Friedens und der Lösung der Kurdenfrage ihre Rolle zu übernehmen.

KON-KURD Konföderation Kurdischer Vereine in Europa

Wir dokumentieren nachfolgend eine Presseerklärung des Kurdistan Informations Zentrum (KIZ):

»An die Redaktionen In- und Ausland / Türkei / Kurdistan / Mittlerer Osten

Pressemitteilung

4. Dezember 2000

PUK greift Stellungen der PKK an

Gestern Abend führte die Patriotische Einheit Kurdistans (PUK) Angriffe gegen Stellungen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in den Gebieten Kani Cenk und Boti (Süd-Kurdistan) durch. Die Angriffe wurden von Kampfhubschraubern unterstützt, deren Herkunft aus der Türkei vermutet wird.

Infolge der schweren Gefechte verloren fünf PKK-Guerilleros und zehn PUK-Pesmergas ihr Leben. Zudem wurden sechs PUK-Pesmergas von der PKK gefangen genommen.

Am 1. Dezember 2000 machte Osman Öcalan, ein Mitglied des Präsidialrates der PKK, in einer Sendung des kurdischen Fernsehsenders Medya TV auf die Vorbereitungen eines eventuellen Angriffes aufmerksam.

In diesem Zusammenhang wies er auch darauf hin, dass dies mit der Unterstützung der Türkei geschehe. Weiterhin unterstrich Osman Öcalan, dass die PUK von der Türkei Waffen erhalten habe. Dies lege den Schluss nahe, dass in naher Zukunft mit Auseinandersetzungen in Süd-Kurdistan zu rechnen sei.

In den vergangenen drei Monaten kam es mehrmals zu Gefechten zwischen der PKK und der PUK, denen die Expansionsbestrebungen der PUK zu Grunde lagen. Diese konnten vor zwei Monaten mit einem Waffenstillstand beendet werden.

Das Bestreben der kurdischen Institutionen, einen dauerhaften Frieden zu erlangen, muss somit als gescheitert betrachtet werden. Zwar zeigte sich die PUK gegenüber dem Vorschlag des Kurdischen National Kongresses (KNK) aufgeschlossen, eine Friedensdelegation zu entsenden, doch zog sie ohne Begründung die kurz vorher ausgesprochene Einladung zurück. Dies zeigt, dass die Phase von Entspannung und Suche nach Lösungen, seitens der PUK zu neuen Kriegsvorbereitungen genutzt wurde.

Schon mehrmals rief die PKK zum Friedensschluss auf der Basis eines nationalen Abkommens auf. Dies konkretisierte sie zuletzt mit ihrem Projekt für einen nationalen Frieden und Demokratie. Eine Antwort auf diesen Vorstoß blieb die PUK bis heute schuldig.

Wir dokumentieren ferner eine Erklärung des Präsidiums des Kurdistan National Kongress (KNK) vom 05.12.2000 (Übersetzung: YEK-KOM)

An die Öffentlichkeit!

Wie bekannt, haben erneut durch massive Angriffe der PUK auf die PKK in Südkurdistan (Nord-Irak) heftige Kämpfe zwischen den kurdischen Parteien begonnen.

Diese erneuten Angriffe beziehen ein großes Gebiet ein und finden offensichtlich unter Beteiligung der Türkei statt.. Die Stärke dieser Kampfhandlungen zeigt sich insbesondere dadurch, dass die Angreifer von türkischen Kampfhubschraubern unterstützt werden.

Seit Beginn der Differenzen zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) und der (südkurdischen) Patriotischen Union Kurdistans (PUK) haben wir als Kurdistan National Kongress (KNK) immer wieder versucht, die Parteien zu einem Dialog zusammen zu bringen.

Obwohl eine Delegation des KNK durch die PUK eingeladen und in Teheran offiziell empfangen wurde, wartet diese Delegation seit nunmehr elf Tagen auf das geplante Zusammentreffen mit Vertretern der PUK. Es zeigt sich, dass trotz unsere Bemühungen ein das Treffen ständig erneut verschoben und bisher sein Zustandekommen verhindert wurde.

Wir werden dennoch unsere Bemühungen um einen Frieden zwischen den Parteien nicht aufgeben. Diese Kämpfe sind für alle Seiten verhängnisvoll, deshalb fordern wir mit größter Dringlichkeit:

1. Alle Angriffe sind sofort zu stoppen
2. Wie die KNK und weitere um den Frieden bemühte Organisationen sollten sich auch die kurdischen Parteien umgehend zu Verhandlungen bereit finden

Wir werden in unseren Friedensbemühungen auch in Zukunft nicht nachlassen!

Das Präsidium des Kurdistan National Kongress

Wir dokumentieren wegen seines Informationswerts erneut das nachfolgende Manifest des Parteilrats der PKK, beschlossen und veröffentlicht am 11.09.2000, das nach wie vor gültig ist und durch die gegenwärtigen Ereignisse (Dez.2000) erneute Aktualität gewonnen hat.

(Übersetzung: Kurdistan Informationszentrum, KIZ)

Nationales Friedens- und Einheitsmanifest

Die Menschheit beginnt das 21. Jahrhundert damit, daß sie sich noch besser vorbereitet hat, um für ihre Probleme tragende Lösungen zu finden. Sie ist daher auf dem Weg, ihre Friedens-, Demokratie und Freiheitsabsichten, angelehnt an die Errungenschaften des letzten Jahrhunderts, auf eine entsprechendes Niveau zu heben.

Um nicht noch einmal in die Spannungen und Kriege zurückzufallen, die im 20. Jahrhundert zu so viel Leiden geführt haben, und um ihre erhabene Absichten zu realisieren, sieht die Menschheit einzig den Weg des Dialogs und der Übereinkunft als gangbar an. Sie entwickelt die Strategie, die Taktik und die Planung dafür und bewegt sich bei der Lösung ihrer Probleme entsprechend.

Diese Situation bedeutet gleichzeitig den Ausdruck des erreichten Entwicklungsniveaus der Menschheit. Die gegenwärtige Lage des kurdischen Volks und die Art, wie es seine nationalen und gesellschaftlichen Probleme zu lösen versucht, widerspricht jedoch dem sonst auf der Welt erreichten Niveau. Wenn bei der Lösung der nationalen und gesellschaftlichen Probleme die Entwicklung der Menschheit als Maßstab genommen wird, so ist das kurdische Volk offensichtlich in einer rückständige Lage. Die Strategie und Taktik seines Kampfes war für die Lösung nicht ausreichend. Wenn auch der große Kampf auf dieser Basis zu wichtige Entwicklungen geführt hat, so hat er doch nicht die nationalen Freiheit und die Lösung der gesellschaftlichen Probleme erlangt. Als Folge dieser Kämpfe und den durch sie bedingten Entwicklungen zeigte sich jedoch die Erfolglosigkeit der nationalistischen Vernichtungs- und Verleugnungspolitik der herrschenden Staaten und zwang sie zur Entwicklung neuer politischer Strategien.

Aus den genannten Gründen dehnte sich die Suche nach Lösungen für unsere nationalen und gesellschaftlichen Probleme ins 21. Jahrhundert hinein aus. Die wichtigsten Hindernisse für die Lösung der kurdischen Frage, die eines der Hauptprobleme und Grund für die Rückständigkeit des Mittleren Ostens bedeutet, ist die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der herrschenden Staaten. Diese ist das Produkt aus deren Politik eines reaktionären, einengenden Nationalismus einerseits, andererseits aus Eigeninteressen und Kollaborationen der kurdischen Seite. Diese Art von Politik, die in Verbindung zu äußeren Kräften entwickelt wird, bietet nicht nur keine Lösung, sondern führt im Gegenteil zu ständigen innerkurdischen Auseinandersetzungen. Diese wiederum führen zur starker Zersplitterung und zu einer Schädigung der nationalen Dynamik.

Solange das kurdische Volk diese schmerzhaft Situation nicht beendet und diese die nationale Dynamik beschädigenden Auseinandersetzungen nicht durch inneren Frieden, Demokratie und Einheit ersetzt, wird es kein Problem lösen können. Alle kurdischen Gruppierungen sehen sich der Notwendigkeit gegenüber, diese Auseinandersetzungen zu überwinden und auf diese Weise nationalen Frieden, Demokratie und Einheit zu erreichen.

Gegenüber dieser absoluten und zwingenden Realität hat sich gegenwärtig die kurdische nationale Bewegung geteilt. Sie führt Auseinandersetzungen und entwickelt keine Haltung und Annäherung, um diese Situation zu überwinden. Wie am Beispiel des internationalen Komplotts gegen den Freiheitskampf unseres Volkes in der Person unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan zu sehen ist, wird ein Teil der kurdischen Bewegung gegen ein anderen Teil benutzt, um daraus politischen Profit zu ziehen. Diese Art von Verständnis und Haltungen führt zu militärischen und politischen Auseinandersetzung innerhalb der kurdischen

nationalen Bewegung. Unsere Partei PKK, die man ebenfalls in eine ähnliche Auseinandersetzung einzubeziehen versucht, lehnt diese Art von Auseinandersetzungen ab, ebenso wie die Politik, die dazu führt, und hält beharrlich an nationalem Frieden, Demokratie und Einheit fest.

Um die kurdische nationale Frage mit den herrschenden Ländern auf der Grundlage der Friedens-, Demokratie- und Einheitsstrategie lösen zu können, die inzwischen sowohl auf der Grundlage der internationalen positiven Entwicklungen als auch der wichtigen Erfahrungen und des Wissens, die unsere demokratische nationale Bewegung geschaffen hat, möglich erscheint, bedarf es dringend des inneren, nationalen Friedens, der nationalen Demokratie und Einheit. Unsere Partei, die sich ihrer Verantwortung bei der Lösung der nationalen und gesellschaftlichen Probleme voll bewußt ist, glaubt daran, daß der nationale Frieden, die nationale Demokratie und Einheit auf der Grundlage der Prinzipien und dringenden Maßnahmen, die im folgenden angeführt sind, erreicht werden können, und sie wird für die Realisierung der nachstehend ausgeführten Punkte alles in ihrer Macht stehende unternehmen.

A- Für die Verwirklichung des kurdischen nationalen Friedens:

1- Solange mit der Förderung und Unterstützung der äußeren Mächte die herrschenden Staaten ihre Vernichtungs- und Verleugnungspolitik gegenüber dem kurdischen Volk fortführen, ist es zwingend und legitim, daß die Kurden als Voraussetzung für die Verteidigung und Entwicklung ihrer nationalen Interessen bewaffnete Kräfte unterhalten.

2- Die bewaffneten Kräfte unterschiedlicher kurdischer Organisationen, Institutionen und Persönlichkeiten haben in ihrer Funktion nach außen gerichtet zu sein und sollen nach Möglichkeit in Form von gemeinsamen nationalen Kräften vereinigt werden. Diese Kräfte, in Kooperation mit äußeren Kräften oder für individuelle Interessen in internen Konflikten gegeneinander auszuspielen, wird als ein Vergehen gegen die Nation angesehen und entsprechend durch Sanktionen geahndet.

3- Die Gründe, die zu Verletzungen des nationalen Friedens und zu Auseinandersetzungen führen, sind die Vernichtungs- und Verleugnungspolitik der herrschenden Staaten sowie die Interessen- und Kollaborationspolitik der feudalen Clangruppen. Damit der nationale Frieden erreicht werden kann, ist es zwingend notwendig, daß alle kurdischen nationalen Kräfte diese Art von Politik ablehnen und statt dessen auf der Grundlage politischer Annäherung den Frieden stützen.

4- So, wie ohne nationalen Frieden keine nationale Demokratie erlangt werden kann, so kann auch ein nationaler Frieden, der sich nicht auf die Demokratie stützt, nicht echt und beständig sein. Daher ist es unumgänglich um einen beständigen nationalen Frieden zu erreichen, daß die nationale Freiheit gewonnen und ein demokratisches System entwickelt wird. Das ist die Hauptaufgabe, die allen kurdischen nationalen Kräften bevorsteht.

5- Damit ein nationaler Frieden auf Dauer erreicht wird, ist es wichtig, daß sich eine Friedenskultur entwickelt und das Volk, angelehnt an demokratische Maßstäbe, mit einer derartigen Friedenskultur ausgerüstet wird. Dafür müssen alle kurdischen nationalen Kräfte in ihre Programme die Entwicklung einer Friedenskultur aufnehmen und intensiv auf dieser Grundlage arbeiten. 6- Die Lösungen der immer wieder zu Auseinandersetzungen führenden Probleme sollte nicht auf der Basis der Interessen oder der Politik einer Gruppe gesucht werden, sondern in nationaler Übereinstimmung und im Rahmen nationaler Interessen.

B- Um die kurdische nationale Demokratie zu schaffen und zu entwickeln:

1- Die Hauptvoraussetzung für die Umsetzung des demokratischen Zusammenlebens auf nationaler Ebene ist die Überwindung feudaler Clanstrukturen, durch die jegliche Art von

Geteiltsein und Eigeninteressen begründet sind. Jede kurdische nationale Kraft sollte, um in richtigen Sinne eine nationale Kraft werden zu können, eine zutiefst demokratische Annäherung zur Grundlage nehmen und jegliche feudale Beziehungs- und Lebensform sowie den aus ihr resultierenden Despotismus ablehnen und aktiv dagegen ankämpfen.

2- Die unverzichtbare Grundlage der Demokratie ist die Meinungs- und Organisierungsfreiheit. Jede kurdische nationale Kraft sollte diese Grundannäherung der Demokratie umsetzen und die Tendenzen der Verbotsmentalität, die aus der nationalen Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der herrschenden Staaten resultieren sowie die antidemokratische Haltungen, die durch feudale Clanstrukturen verursacht sind, unbedingt überwinden. Überall in Kurdistan sollten neben einer totalen Meinungs- und Artikulationsfreiheit auch die Bedingungen geschaffen werden, daß alle kurdische Parteien und Organisationen sich frei organisieren und arbeiten können. Jede kurdische nationale Partei und Organisation sollte sich diesen demokratischen Grundprinzipien verpflichtet fühlen und sie umsetzen.

3- Alle kurdischen nationalen Parteien und Organisation sollten sich auf der Grundlage, daß sie ihre Vielfalt darstellen können, dem Prinzip demokratischen Zusammenlebens verbunden fühlen. Sie sollten ferner danach streben, das Trennende so weit zu überwinden, dass sie auf der Grundlage vielschichtiger Beziehungen gemeinsame politische, kulturelle, diplomatische und wirtschaftliche Vereinigungen organisieren und sie durch Institutionalisierung dauerhaft gestalten.

4- Jede kurdische Partei und Organisation sollte es als nationale Aufgabe ansehen, die kurdische Demokratie selbst und die demokratischen Kräfte zu verteidigen, wenn sie von äußeren, antidemokratischen Kräften angegriffen werden.

5- Jede kurdische Partei und Organisation sollte bei ihren Kritik- und Meinungsäußerungen innerhalb eines demokratischen Rahmens aufbauend wirken und sich bloßstellender und provozierender Äußerungen enthalten.

C- Wie die Beziehungen zu herrschenden Gesellschaften und Staaten auf derrichtigen Grundlage geordnet werden können:

1- In den Beziehungen zu allen Gesellschaftsschichten und staatstragenden Kräften in denjenigen herrschenden Staaten, die die nationalen demokratischen Rechte des kurdischen Volkes akzeptieren, sollten Frieden und Freundschaft als Basis gemeinsamen Lebens und Handelns gelten. Auf der Grundlage demokratischen Wandels und der demokratischen Lösung der kurdischen Frage sollte ein freies und freiwilliges Zusammenleben angestrebt werden.

2- Die Beziehungen zur den herrschenden Staaten sollten auf dem Grundsatz der Lösung der kurdischen Frage, eines demokratischen System und freiwilligen Zusammenlebens angegangen werden. Politische Bestrebungen, die Kurden als taktische Kräfte anzusehen und sie gegeneinander auszuspielen, sollten abgelehnt werden.

3- Die kurdische nationale Bewegung wird nicht die Probleme, die die herrschenden Staaten untereinander haben, verstärken oder in die Ausweglosigkeit führen, sondern zu deren Lösung beitragen und versuchen, diese Staaten einander näher zu bringen, um schließlich eine demokratische Union des Mittleren Ostens zu erreichen.

4- Wenn eine kurdische Partei oder Organisation Beziehungen zu einem der herrschenden Staaten aufbaut, sollte sie nicht eine Haltung einnehmen, die sich gegen eine andere kurdischen Partei oder Organisation richtet. Es sollte als nationales Vergehen angesehen und entsprechend sanktioniert werden, Kontakte zum Nachteil anderer einzugehen. Alle

nationalen kurdischen Kräfte sollten in ihren Kontakten zu benachbarten Gesellschaften und Staaten eine gemeinsame Haltung einnehmen.

D- Damit die internationalen Kontakte reorganisiert und entwickelt werden:

1- Internationale Kontakte einer kurdischen Organisation zum Schaden einer anderen Organisation sollten als Vergehen gegen die gesamte Nation betrachtet und entsprechende Sanktionen angewandt werden.

2- Nach Möglichkeit sollten die kurdischen Parteien und Organisationen in den internationalen Beziehungen eine gemeinsame Haltung anstreben und sich gegenseitig über ihre internationale Kontakte informieren.

3- Die Lösung der kurdischen Frage sollte sowohl für Kurdistan generell als auch konkret für die jeweiligen Teile Kurdistans betrachtet werden, und zum Erreichen einer Lösung auf diese Basis sollte eine gemeinsame Diplomatie angestrebt werden.

4- Um den Kampf des kurdischen Volkes für Freiheit und Demokratie allen Völkern der Erde nahe zu bringen und ihre Unterstützung zu erhalten, sollte eine gemeinsame, breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden

E- Für die Entwicklung der nationalen Einheit:

1- Jede auf der Teilung Kurdistans basierende Haltung und alle Annäherungen, die aus enger Interessebezogenheit resultieren, die die nationale Entwicklung und Einheit verhindern und deren Quellen feudale Clanstrukturen sind, jede Art von Geteiltheit, selbstsüchtigen Annäherungen, re-gionalen Haltungen und ausschließlich regionalen Bezügen sollten überwunden werden.

2- Ohne die nationale Einheit zu erreichen, kann kein nationaler Frieden entwickelt werden. Aus diesem Grunde sollten, um die Teilung und Zersplitterung zu überwinden und den nationalen Frieden zu erreichen, alle nationalen Kräfte sich einheitlich bewegen und gemeinsame Aktivitäten durchführen.

3- Die Demokratisierung der herrschenden Staaten und Gesellschaften hängt mit der demokratischen Lösung der kurdischen Frage auf der Grundlage des freien Zusammenlebens zusammen. Es ist trotz bestehender Grenzen möglich, die kurdischen nationale Kontakte und eine kurdische Einheit zu entwickeln; jede kurdische Partei und Organisation sollte die nationale Entwicklung und Einheit auf der Grundlage dieser Grundsätze anstreben.

4- Der Kurdistan Nationalkongress (KNK) sollte zum höchsten Willens- und Beschlußorgan der Nation entwickelt werden. Keine nationaler Gruppe sollte außerhalb dieses Kongresses stehen. Alle Gruppen sollten ihre Vertretung ausreichend in diesem Kongress finden, und diejenigen Gruppen, die außerhalb des Kongresses bleiben, sollten nicht als legitim angesehen werden.

5- Unter der Initiative des Kurdistan Nationalkongresses sollte eine nationale Friedenskonferenz durchgeführt werden. Diese Konferenz sollte auf der Grundlage der Gemeinsamkeit der kurdischen Nationalbewegung eine demokratische Lösung anstreben und diese für einen dauerhaften nationalen Frieden und für ein demokratischen Lebenssystem institutionalisieren.

F- Kurzfristig notwendige Maßnahmen, damit die Auseinandersetzungen beendet werden können:

1- Um die Atmosphäre für die Lösung der Probleme mittels politischem Dialog zu entwickeln, muß zwischen alle Kräften, die sich in einer militärischen Auseinandersetzung befinden, allen voran zwischen der KDP, PUK und PKK, ein Waffenstillstand erreicht, Verhandlungen aufgenommen und ein gegenseitiger Nicht-Angriffspakt unterzeichnet werden.

2- Alle Kräfte müssen ihre Propagandakriege zur Bloßstellung und Provokation der anderen einstellen und alle Propagandamittel, vor allem Presse und Medien, sollten in den Dienst des nationalen Friedens gestellt werden.

3- Die Parteien und Organisationen müssen ihre Existenz gegenseitig respektieren und sich von Haltungen und Annäherungen fernhalten, die als Eingriff in inneren Angelegenheiten erscheinen.

4- Als Geste des guten Willens und als Beitrag für die Entwicklung der Atmosphäre des nationalen Friedens sollten alle Gefangenen bedingungslos freigelassen werden.

Schluß:

Während wir unser Projekt für nationalen Frieden, Demokratie und Einheit, in dem wir die Voraussetzungen, Prinzipien und notwendigen Maßnahmen dargelegt haben, allen nationalen Kräften, unserem Volk und weiteren interessierten Kreisen zukommen lassen, möchten wir erneut unterstreichen, daß unsere Partei jedes Opfer bringen wird, dieses Projekt umzusetzen, das sicher unter Beteiligung der genannten Zielgruppen noch weiter vervollständigt werden kann. Wir rufen den Kurdistan Nationalkongress auf, den Inhalt dieses Projektes anzunehmen und sich auf dieser Grundlage noch aktiver als bisher zu bemühen.

11. September 2000

Der Parteirat der Arbeiterpartei Kurdistans, PKK